

BESCHLUSS

Keine Zusammenarbeit mit Rassist_innen und Faschist_innen in den Parlamenten

Der Landesjugendring Berlin positioniert sich gegen eine Zusammenarbeit mit rassistischen Parteien in den Parlamenten und fordert die Parteien CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP und alle anderen demokratischen Parteien zu einer klaren Kante gegenüber der AfD und anderen rassistischen Parteien und Parteiströmungen auf.

Begründung:

Der Landesjugendring Berlin und seine Mitglieder stehen für Diversität, Mitbestimmung und Selbstorganisation von Jugendlichen in Berlin und der Gesellschaft. Viele dieser Werte teilen die AfD und ihre Mitglieder nicht. Schon jetzt werden einzelne Jugendclubs und Mitgliedsverbände des Landesjugendring von der AfD für ihre Arbeit angegriffen. So zum Beispiel in Pankow der Jugendclub „Bunte Kuh“ und das „Unabhängige Jugendzentrum Pankow“ oder Einrichtungen von SJD-Die Falken. Dabei versucht die AfD durch ein falsches Verständnis von Neutralität antifaschistische Jugendarbeit zu kriminalisieren und Antifaschismus per se als feindlich gegenüber dem Grundgesetz darzustellen. Noch sind diese Angriffe in Berlin vereinzelt und treffen auf Widerstand durch die Zivilgesellschaft. In anderen Bundesländern gehört es leider schon zum Alltag, dass die Arbeit und Finanzierung von Jugendclubs und Verbänden von der AfD in Frage gestellt werden, wenn sie nicht in ihr Weltbild passen.

Auch die Kooperation von FDP, CDU und AfD während der Ministerpräsident_innenwahl in Thüringen hat viele von uns schockiert. Nicht nur wurde damit ein demokratischer Grundkonsens gebrochen, niemals mit Faschist_innen zusammen zu arbeiten. Die FDP und CDU haben sich auch von der AfD benutzen lassen, um unsere gesamte Demokratie damit ein Stück zu schwächen. Noch konnte dieser Angriff auf unsere Demokratie durch breite Proteste abgewehrt werden.

Damit unsere Gesellschaft weiterhin demokratisch, divers und antifaschistisch bleibt, fordern wir alle demokratischen Parteien auf, klare Kante gegen AfD, Rassist_innen und andere Demokratiefeind_innen zu zeigen und nicht mit der AfD in den Parlamenten zusammen zu arbeiten.

Beschlossen durch die Mitgliederversammlung am 2.9.2020